

# NICARAGUA ZEITUNG

Juni 2008



## Identität und Integration

Die eigene Identität als MigrantIn, Angehöriger einer Minderheit oder benachteiligten Gruppe steht immer im Spannungsverhältnis zur herrschenden Selbstauffassung der Mehrheit der Gesellschaft, in der gelebt wird. Daher muss eine gemeinsame Grundlage für das Zusammenleben aller gefunden werden, um Konflikte in der Gesellschaft aufzulösen und die Marginalisierung mancher ihrer Teile zu überwinden. Diese gemeinsame Grundlage kann nicht einfach durch Vertreibung, Unterdrückung oder Zwangsintegration von Teilen der Bevölkerung, die von der herrschenden Identität abweichen, geschaffen werden, sondern ist eine komplexe Aufgabe, die sich weltweit allen Gesellschaften stellt.

Und ihre Bewältigung drängt vielfach: Zum einen lässt die neoliberale Globalisierung Verteilungsgerechtigkeit und Migrationsströme wachsen, zum anderen treten beim Übergang von autokratisch geführten Staaten zu demokratischen Systemen ehemals verdeckte Konflikte zwischen Teilen der Gesellschaft offen zu Tage.

In diesem Spannungsfeld zwischen Identität und Integration sind die drei Schwerpunktbeiträge unserer Ausgabe angesiedelt, die sich mit so verschiedenen Themen wie Migration und Entwicklungspolitik, öffentlicher Wahrnehmung von Sicherheit in Zentralamerika und dem Autonomieprozess in den atlantischen Regionen Nicaraguas beschäftigen. Unser Rückblick auf die Veranstaltung zu

Entwicklungspolitik und Migration behandelt die neuere entwicklungspolitische Debatte um die Verbindung von Migration und Entwicklungsarbeit. Kritisch hinterfragt wird dabei vor allem, welche negativen Aspekte der Migration hierbei häufig außer Acht gelassen werden.

In Maras, kriminellen Jugendbanden, finden Jugendliche in den USA und Mittelamerika eine Identität am äußersten Rand der Gesellschaft. Die Banden werden in der Öffentlichkeit als Bedrohung für die Sicherheit wahrgenommen oder auch nur durch die Berichterstattung in den Medien dazu gemacht. Zu welchen Ergebnissen ein hierzu forschendes Hamburger Team bislang kam, stellt unser Beitrag zur Veranstaltung „Öffentliche Unsicherheit“ dar.

In einem neuartigen Integrationsprozess ohne Vorläufer in Lateinamerika wurde Ende der 1980er Jahre den Atlantikregionen Nicaraguas ein autonomer Status zuerkannt. Die verschiedenen Identitäten der dortigen Bevölkerung sollten nach erbitterten gewaltsamen Konflikten mit der Zentralregierung im pazifischen Teil ihren Platz in einer multiethnischen Nation finden. Unser Artikel zeigt Entwicklungen und Hintergründe eines Konflikts auf, der bis heute keinesfalls als gelöst gelten kann.

Weitere Artikel bieten ein Zeugnis von gelebter Solidarität und Erfahrungen bei der Arbeit an einer Schule für gehörlose Kinder.

Nicaragua  
Verein  
Hamburg

[www.nicaragua-verein.de](http://www.nicaragua-verein.de)

### Spendenkonto:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20 Kontonr.: 51137-205

# All das viele Geld – Entwicklungspolitik trifft Migration

Eine interessante und aufschlussreiche Veranstaltung mit Martina Backes

**Migration findet statt - überall auf der Welt. Sie ist eine aktive und eigenständige Handlungsweise, den Alltagsrealitäten zu begegnen und gewinnt zunehmend an Bedeutung. In einigen Ländern der so genannten Dritten Welt gibt es viele Familien, in denen zumindest ein Verwandter im Ausland lebt. Mit Geldüberweisungen sichern die MigrantInnen das Überleben der Familie im Heimatland.**

Außerdem wird durch 'Rücküberweisungen' die Ökonomie des Herkunftslandes positiv beeinflusst. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gelder hat inzwischen auch Eingang in entwicklungspolitische Debatten gefunden. Während auf der einen Seite versucht wird, die Außengrenzen Europas immer stärker zu kontrollieren und eine „legale“ Einwanderung und die mit ihr verbundenen Rechte kaum noch stattfindet, entdeckt nun die staatliche Entwicklungspolitik die Bedeutung der Migration und der Rücküberweisungen.

Dabei wird häufig außer acht gelassen, dass es sich um privates Geld handelt, über das von staatlicher Seite nicht verfügt werden kann, um sich eigener entwicklungspolitischer Verantwortung zu entziehen. Zum anderen wird dieses Geld häufig in entrechteten Arbeitsverhältnissen und unter prekären Lebensumständen verdient, in denen weder ArbeitnehmerInnenrechte noch eine minimale Gesundheitsversorgung gewährleistet werden.

Am 21. April fand in der Werkstatt 3 hierzu eine Abendveranstaltung mit dem Titel: „All das viele Geld - Entwicklungspolitik trifft Migration“ statt.

Zunächst gab Martina Backes vom Informationszentrum 3.Welt (iz3w) in Freiburg einen Einstieg in die Thematik. Sie beschrieb die vielfältigen Gründe für Migration, die Auswirkungen der Rücküberweisungen auf die Ökonomie der Herkunftsländer und auch die 'blinden Flecken' in der derzeitigen Debatte um Migration. So übersteigt die Summe der Remesas (spanische Bezeichnung für Rücküberweisungen) um ein Drittel den internationalen Etat für Entwicklungshilfe. Weltweit werden in diesem Jahr rund 300 Milliarden Euro überwiesen werden.

In El Salvador beispielsweise beträgt die Summe der Remesas 16% des Bruttonationalproduktes, mehr als Maquila- und Kaffeindustrie zusammen dazu beitragen. In Mexiko erhält ein Fünftel der Bevölkerung Geld von größtenteils in den USA lebenden Verwandten. Ohne die Remesas würde die Anzahl der Menschen, die in Mexiko unter der Armutsgrenze leben, um 30% steigen.

Volkswirtschaftlich gesehen erwachsen hieraus positive Aspekte im Hinblick auf Armutsbekämpfung oder Realisierung der Millenniumsziele.

Allerdings werden die Grundlagen der Entstehung von Armut ausgeklammert. So werden beispielsweise Tausende von Bäuerinnen und Bauern im Zuge von Mega-Staudammprojekten arbeitslos und in die Armut getrieben. Wird von ihnen dann erwartet, als mögliche MigrantInnen die Fehlleistungen neoliberaler Politik zu beheben? Darüber wird in der De-

(offene Räume schaffen) einen Einblick in die Lebens- und Arbeitsrealität von MigrantInnen hier in Deutschland.

Obwohl MigrantInnen häufig abgeschlossene Berufsausbildungen haben, sind sie als Reinigungskräfte oder in der Sexarbeit tätig, leisten Hilfsarbeiten im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich. Oftmals haben sie mehrere Jobs zu jeder Tages- und Nachtzeit. So kommt es, dass eine Molekularbiologin in einem Café kellnert oder ein Zahnarztthelfer putzen geht.

Sie haben keinerlei Zugang zur staatlichen Gesundheitsversorgung, sie haben keine Rentenversicherung, keine Pflegeversicherung und es ist ihnen nicht möglich, bei Arbeitslosigkeit Geld zu beziehen oder vor Gericht ihr Gehalt zu erstreiten, ohne von Abschiebung bedroht zu sein. Sie können ihre Kinder nicht in den Kindergarten oder in die Schule



Dialog mit dem Publikum: Referentin Martina Backes (v.r.), Christina Castillón (Nicaragua Verein) und Rebecca Lohse (Eine Welt Netzwerk)

batte um die Rücküberweisungen nicht gesprochen. Persönliche Krisen, die zu Migration führen, soziale Absicherung in Herkunfts- und Zielland, Verwirklichung der Lebenspläne - all das hat keinen Platz in der Diskussion.

So ermöglichen zwar die Gelder emigrierter Familienmitglieder bessere Bildung für die im Herkunftsland zurück gebliebenen Kinder - diese wachsen jedoch ohne ihre Eltern auf.

Nach diesem Beitrag ermöglichten Xiomara Tortoza und Ada Veraún als Vertreterinnen der Gruppe „abriendo espacios“

schicken und selbst keine Ausbildung und kein Studium absolvieren. Dieses Leben in Unsicherheit ist bedrückend und nagt an der Existenz nicht nur der MigrantInnen sondern auch an der ihrer Familien im Herkunftsland.

Während also durch Rücküberweisungen Armut im Herkunftsland bekämpft wird, ist für die MigrantInnen selbst der Zugang zu den hiesigen Versorgungsdienstleistungen nicht möglich. Hier beißt sich ein um das andere Mal die Katze in den Schwanz.

Zur Zeit sind die weltweit steigenden

Preise für Grundnahrungsmittel in aller Munde. Für die MigrantInnen und ihre Angehörigen hat dies umso größere Bedeutung, als die höheren Preise hier wie dort die Existenzsicherung gefährden.

Wie allgemein bekannt ist, zieht die hiesige Wirtschaft einen nicht unwesentlichen Nutzen aus den in entrechteten Verhältnissen lebenden und arbeitenden Menschen. Die Politik reagiert aber kaum auf die seit Jahren bekannte Situation. Indem sich die Bundesrepublik Deutschland weigert, eine Verbesserung der Lebensumstände von undokumentierten Menschen in Deutschland anzustreben oder sie überhaupt offiziell wahrzunehmen, werden Menschenrechte systematisch verweigert und ignoriert.

Die jahrelange Strategie des „Nicht-Hinsehens“ hat bisher keine Auswirkungen auf die Zuwanderung von Menschen nach Deutschland gezeigt, wie etwa durch rückläufige Zahlen. Nun ist es dringend an der Zeit, neu auf die Realität zu reagieren.

Dies tut unter anderem der Arbeitskreis „undokumentiertes Arbeiten“ der Gewerkschaft ver.di, vertreten durch Emilija Mitrovic und Peter Bremme. Die Arbeitsgruppe hat vor kurzem eine Migrantin vor dem Arbeitsgericht vertreten, die bei ihren deutschen Arbeitgebern erfolgreich Geld einklagen konnte.

Es sei auch für MigrantInnen ohne Papiere möglich, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein, sagte Emilija Mitrovic. Die

Aussichten auf Erfolg vor dem Arbeitsgericht durch Unterstützung z.B. von ver.di vergrößerten sich um ein Vielfaches. Auch die 'Medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen' arbeitet sei vielen Jahren absurder Weise daran, sich selbst überflüssig zu machen. Zur Zeit ist sie eine der wenigen Stellen, an die Menschen ohne Papiere sich im Krankheitsfall wenden können, erzählen Hanna Matthews und Julia Kramer, die wie viele andere ausschließlich ehrenamtlich in der Beratungsstelle arbeiten. Dort werden Menschen an Ärztinnen und Ärzte vermittelt, die sich bereit erklärt haben, sie umsonst oder für einen geringen Betrag zu behandeln und sie nicht

Da es von Seiten des Staates keinerlei Ansätze zur gesundheitlichen Versorgung von undokumentierten MigrantInnen gibt, deren bloße Existenz ja auch gelehnt wird, arbeitet die Gruppe unter anderem daran, diesen Umstand sichtbar zu machen und zu beheben: für eine staatliche Gesundheitsversorgung ohne die Gefahr einer Abschiebung.

Sollte dies eines Tages Wirklichkeit werden, wäre das Ziel dieser Gruppe erreicht und ihre Arbeit überflüssig geworden. Bisher jedoch verlässt sich der Staat darauf, dass Privatpersonen die Missstände lindern, die er selbst herstellt.



Große Runde: Für umfassende Informationen mit sehr unterschiedlichen Aspekten sorgte ein kompetent besetztes Podium einschließlich Übersetzerinnen

In ihrem Verlauf kam die Veranstaltung ein bisschen von ihrem eigentlichen Thema ab: Der Bogen zurück zu den Remesas gelang nicht, doch entwickelte sich eine dynamische Diskussion darüber, was getan werden kann, um hier in Deutschland gemeinsam Gerechtigkeit für undokumentierte MigrantInnen zu erstreiten.

der Abschiebung auszuliefern. Operationen und Geburten werden zum Teil aus den Spenden, die sich die Gruppe zu organisieren bemüht, bestritten.

So wurde spontan ein Offener Brief an die stellvertretende Bürgermeisterin Christa Goetsch und an Bürgermeister Ole von Beust verfasst. (Siehe unten).

Christina Castillón

## Offener Brief

**Sehr geehrte Frau Goetsch,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Beust,**

auf der Veranstaltung „Entwicklungspolitik trifft Migration“ am 21. April 2008 diskutierten die anwesenden Gruppen und Einzelpersonen über die prekäre Lebens- und Arbeitssituation vieler MigrantInnen – vor allem derjenigen ohne Papiere – in Hamburg und bundesweit. Diese Bedingungen werden nicht nur von internationalen Entwicklungsagenturen und der offiziellen Entwicklungspolitik häufig ignoriert, wenn sie über die Potenziale von Migration und Rücküberweisungen sprechen. Für eine Vielzahl von Menschen bedeutet das, dass sie in der Hansestadt z. B. ohne einen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder die Möglichkeit einer Schulbildung leben.

Das auf der Veranstaltung gegründete Bündnis aus entwicklungspolitischen und gewerkschaftlichen Akteuren sowie MigrantInnen, Bildungsträgern und Beratungseinrichtungen fordert daher sowohl die GAL als auch die CDU auf, entsprechend der Präambel des Koalitionsvertrages zu handeln:

„Insbesondere gilt es alle Kinder und Jugendlichen so gut wie möglich zu fördern und ihnen gleiche Startchancen ins Leben zu geben.“

Daher gehen wir davon aus, dass Hamburg

- zukünftig seiner Verantwortung zur Umsetzung der allgemeinen Menschenrechte nachkommt und allen Kindern den Schulbesuch ermöglicht – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus,
- das Schulregister abschafft, da dies de facto den Schulbesuch vieler Kinder ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung abschließt.

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.; Nicaragua Verein Hamburg e.V.; ver.di – Ak undokumentiertes Arbeiten; Abriendo espacios; Martina Backes (iz3w); Medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen; Open School 21

Weitere Informationen: Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., Rebecca.lohse@ewnw.de , www.ewnw.de



# Öffentliche UnSicherheit in El Salvador, Nicaragua und Costa Rica

Bericht über eine Veranstaltung mit Dr. Anika Oettler (GIGA-Institut für Lateinamerikastudien, Hamburg) am 16. April 2008 im Nordelbischen Missionszentrum (NMZ) im Rahmen der Romerotage.

Veranstalter: Nicaragua Verein Hamburg und Nordelbisches Missionszentrum

Einführung: Bärbel Fünfsinn (NMZ), Moderation: Christina Castellón (Nicaragua Verein)

## Aus dem Einladungstext:

**Weltweit wird über Terrorismus und innere Sicherheit gesprochen. Nicht nur in Deutschland wird diese Diskussion genutzt, um neue Gesetze zu beschließen, die die Rechtsstaatlichkeit unterhöheln. Auch in den zentralamerikanischen Gesellschaften dominiert die Rede von Gewalt und Unsicherheit die öffentlichen Debatten.**

**Frau Dr. Anika Oettler vom GIGA Institut für Lateinamerikastudien in Hamburg stellt ihre Analysen vor und diskutiert darüber, welche Konsequenzen die Gewaltdiskurse für die Rechtsstaatlichkeit in Mittelamerika haben.**

**Weitere Informationen:**  
[www.giga-hamburg.de](http://www.giga-hamburg.de)

Schaut man ins Internet, wird gewarnt – zum Beispiel vor den höchsten Mordraten der Welt in El Salvador. Die Presse vermittelt ein noch dramatischeres Bild: Ganz Zentralamerika versinke in Gewalt. Die Schuldigen sind schnell ausgemacht: Gewalttätige, gut organisierte und vernetzte Jugendbanden mit martialischen Tattoos seien verantwortlich.

Auf unseren Reisen nach Nicaragua relativiert sich das Bild: Freunde dort schildern oder empfinden es anders: Nicaragua sei das sicherste Land Mittelamerikas, vorsichtig sein müsse man allerdings nachts in bestimmten Außenbezirken von Managua. Das heißt, Sicherheitsprobleme werden eher in Nachbarländern oder in speziellen Barrios gesehen, in denen es Armut und Drogenmissbrauch gebe, aber in der Regel spielen sie im eigenen Lebensbereich kaum eine Rolle.

Genau dieses Feld der öffentlichen Wahrnehmung von Gewalt untersucht ein Team des GIGA Instituts in den Ländern El Salvador, Nicaragua und Costa Rica. Es geht also darum, wie die Leute Gewalt wahrnehmen, wie darüber gesprochen wird, wie dabei verschiedene Öffentlichkeiten zusammenhängen: Bevölkerung, Politiker, Parteien, Presse zum Beispiel? Die Idee dahinter ist, dass Politik nicht auf wirkliche Entwicklungen reagiere son-

dern darauf, wie bestimmte Probleme und Entwicklungen wahrgenommen und interpretiert werden.

## Was unterscheidet die ausgewählten Länder?

Anika Oettler leitet ihren Vortrag mit einer kurzen Beschreibung der ausgewählten Länder ein: Costa Rica sei geprägt durch seine stabile demokratische Tradition, hätte aber wachsende Probleme durch den Abbau der Sicherungssysteme

verschiedene Fragen angesprochen, die sich aus dem Pauschalurteil ‚Zentralamerika versinkt in Gewalt‘ (Deutsche Welle 2007) stellen. Wie misst man das eigentlich? Gibt es wirklich eine parallele Entwicklung in den Ländern Zentralamerikas? Welche Verantwortung dafür tragen Jugendbanden? Wie antwortet die Politik auf Bedrohungen oder schafft sie durch Antworten erst die Bedrohungen? Mordraten gelten als ein wichtiger Indikator für Gewalt. So unzuverlässig Krimi-



Das Forscherteam: Peter Peetz, Anika Oettler und Sebastian Huhn (v.l.) in Costa Rica

me in Folge des Übergangs zum Neoliberalismus. In El Salvador hätte der lange Guerillakrieg, der durch Verhandlungen beendet wurde, eine stark polarisierte Gesellschaft hinterlassen. Der Opposition sei es seither nie gelungen, die rechte ARENA Partei in der Regierung abzulösen. Nicaragua sei gekennzeichnet durch seine erfolgreiche Guerilla-Bewegung, den dadurch ausgelösten, von den USA unterstützten Kontraktkrieg und die darauf folgenden korrupten, konservativen Regierungen.

## Versinkt Zentralamerika tatsächlich in Gewalt?

Im Hauptteil des Vortrages wurden ver-

nalitätsstatistiken in Lateinamerika auch sind und so vorsichtig man mit solchen Daten umgehen muss, so kann man doch erkennen, dass sich in den Zahlen und Kurven die behauptete Explosion von Gewalt nicht widerspiegelt. Zweitens lassen sie ebenso wenig pauschale Urteile über die Häufigkeit der Gewaltverbrechen in den einzelnen Ländern zu. Costa Rica liegt zum Beispiel am unteren Ende der Statistik mit 6,2 Morden pro 100.000 Einwohner im Jahr (etwa so hoch wie in Hamburg – obwohl dieser Vergleich Land – Stadt natürlich nicht ganz in Ordnung ist). El Salvador dagegen hat eine etwa fünf mal so hohe Mordrate (nach Länderreisereport des Auswärtigen Amtes eine

der höchsten der Welt). Nicht viel besser sieht es in Guatemala aus, gefolgt von Nicaragua, das etwa die doppelte Mordrate von Costa Rica zu verzeichnen hat. Zwischen den Daten dieser letztgenannten Länder liegen die Werte für Panama. Die Niveaus der Mordraten sind also sehr unterschiedlich, deutlich am höchsten in El Salvador.

Allgemein werden Jugendbanden für das Gros der Morde verantwortlich gemacht. Die prototypischen Täter sind die ‚Maras‘, Jugendbanden, die in Los Angeles zunächst von Salvadorianern gegründet wurden und sich dann vor allem durch Ausweisung krimineller Jugendlicher in die Heimatländer dort als sehr gefährliche gewalttätige Banden ausbreiteten. (vgl. auch Nicaragua Zeitung 9/06, S. 7f) Um dieses sehr pauschale Bild über Gewalt und die Rolle der Jugendbanden in Zentralamerika zu hinterfragen, hat das Team des GIGA in Costa Rica, El Salvador und Nicaragua SchülerInnen befragt in einer privaten Schule, in einer staatlichen Schule eines Armutsviertels und in einer ländlichen Schule. Es wurde zunächst ein Aufsatz geschrieben mit dem Thema: „Stell Dir vor, Du bist Präsident von Costa Rica (oder Nicaragua oder El Salvador). Was sind die größten Probleme des Landes und wie würdest Du sie lösen?“ Nach Beantwortung dieser sehr offenen Fragestellung wurde von den SchülerInnen ein zweiter Aufsatz geschrieben mit der sehr viel konkreteren Fragestellung: „Fühlst Du Dich in Deiner Familie, in Deinem Viertel, Deiner Gemeinde, Deiner Stadt, Deinem Land sicher? Warum oder warum nicht?“

Mit der ersten Frage sollte geklärt werden, ob das Thema Gewalt, Unsicherheit und Kriminalität überhaupt eine große Rolle spielt.

Die Auswertung der Aufsätze ergab, dass in El Salvador das Thema Jugendgewalt tatsächlich als ein großes Problem wahrgenommen wird, überraschenderweise aber auch verhältnismäßig stark in Costa Rica.

In den Antworten zur zweiten Frage war bemerkenswert, dass die Jugendlichen der Privatschulen El Salvadors kaum Gefahren in ihrem eigenen Umfeld sehen, in den staatlichen Schulen ist das anders. Dort spielt das Thema Gewalt im eigenen Erfahrungsbereich sogar eine größere Rolle als in der Gefahreinschätzung für das ganze Land. Das ließe sich damit erklären, dass diese SchülerInnen im nationalen Rahmen andere Probleme wie Armut, miserable Löhne und fehlende Berufsperspektiven für wichtiger halten. In Costa Rica scheint es mehr um eine allgemeine Gewaltwahrnehmung oder Spiegelung der öffentlichen Debatte zu gehen, wenn 70 % der SchülerInnen sagen, dass Gewalt und Kriminalität ein

großes Problem im Land seien, denn im krassen Gegensatz dazu spielt das Thema Jugendbanden und Jugendgewalt für alle Schüler in ihren konkreteren Erfahrungen überhaupt keine Rolle.

### Reaktion des Staates und der Politik auf die wahrgenommene Gewalt - insbesondere die Jugendgewalt.

Zum Abschluss ihres Vortrages stellte Anika Oettler anhand beispielhafter Leitartikel dar, welche unterschiedlichen Bilder konservative Zeitungen in den ausgewählten Ländern vermitteln, wenn es um Jugendgewalt geht und beschreibt, wie stark die staatliche Reaktion und die Reaktion von Politikern mit der wahrgenommenen Jugendgewalt beziehungsweise mit den von der konservativen Presse gezeichneten Bildern korrelieren.



Fotos wie dieses vermitteln ein Gefühl der Bedrohung

**Costa Rica:** In einem beispielhaften Zeitungsartikel geht es darum, dass Stadtviertel von Jugendbanden eingenommen werden. In einem großen Bild werden Beine von Jugendlichen in modernen Sportschuhen dargestellt – man könnte eher an einen Artikel über Konsumverhalten Jugendlicher denken. Aber in Costa Rica gibt es viel Gerede darüber, dass alles schlimmer wird – auch mit der Kriminalität. Darauf reagiert auch die Politik. Im Wahlkampfprogramm des Präsidenten Oscar Arias wird versprochen, die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen zu erhöhen. Die einzige konkret angegebene Maßnahme ist, dass mehr Polizisten eingestellt werden sollen.

In **Nicaragua** wird nicht so sehr intensiv über Gewaltthemen berichtet. Wenn, dann meistens über Erfolgsgeschichten der Polizei. Die großen Bilder neben den Titelgeschichten gehören ganz häufig nicht zum Thema. Die nicaraguanischen Eliten beteuern in der Regel, dass Nicaragua das sicherste Land sei. In einigen Armenvierteln hätten zwar die Leute angefangen, sich gegenseitig ein bisschen zu berauben, aber das sei nicht so wichtig. Auch im letzten Wahlkampf hat Ge-

walt für die meisten Parteien keine Rolle gespielt. Allein Ortega und Frau hätten auf ihren Wahlkampfreisen vorausgesagt, dass die Unsicherheit explodieren würde, wenn die liberale Regierung weiter am Zuge sei.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich in **El Salvador**. Typisch sind in den Zeitungen große Bilder über die Verhaftung von Jugendbanden. Die Medien – und offenbar auch die Polizei – pflegen das: Bei solchen Verhaftungen werden die jugendlichen Gangmitglieder gezwungen, für Pressefotos ihre T-Shirts auszuziehen, damit man all ihre gefährlichen Tätowierungen sehen kann. Im Hintergrund dann die martialischen Sicherheitskräfte. Seit 2003 setzt man auf die so genannte Politik der harten Hand („mano dura“). Mit einer Reihe von kruden, rigiden Gesetzen – wie Verbot der Mitgliedschaft in einer Gang, Verbot öffentlichen Entblößens in einer Gruppe, Verbot gemeinsamen Herumlagerens – will man der Probleme Herr werden. Diese Politik der harten Hand wurde mitten in der heißen Wahlkampfphase eingeführt, aber bis heute hat diese repressive Strategie angehalten. Die tätowierten Jugendlichen wurden verhaftet, die Gefängnisse sind voll – und die Mordraten sind weiter so hoch wie zuvor.

Die größte Sorge zur Zeit ist, dass das Erscheinungsbild der kriegesischen Jugendbandenführer sich verwandeln könnte in das Bild normaler Geschäftsleute einer kriminellen Ökonomie, die dann schlechter zu überwachen seien. Allerdings scheint Politik und Öffentlichkeit zunehmend klar zu werden, dass die Politik der harten Hand überzogen ist und zudem nichts bringt. Auch in der ‚Rechten‘ wird inzwischen stärker über präventive Maßnahmen zur Gewalt- und Jugendbandenbekämpfung nachgedacht.

### Zusammenfassung

Der öffentliche Diskurs in Zentralamerika über die Gefahr durch Jugendbanden bewegt sich auf der Grundlage sehr schwachen Datenmaterials. Die von Militärstrategen und Polizei postulierte Gefährlichkeit krimineller Jugendbanden lässt sich nicht belegen. Weder ist die zahlenmäßige Stärke der Jugendbanden bekannt, noch in welchem Maße sie in kriminelle Delikte verstrickt sind. Auch die als besonders gefährlich erachtete Vernetzung scheint immer noch eher lokal vorhanden zu sein.

Der allgemeine Sicherheitsdiskurs, der im Wesentlichen auf falschen Annahmen beruht, legt die Grundlagen für eine Politik, die Fronten verhärtet und letztlich zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt.

Detlef de Cuveland



# Das andere Nicaragua am Atlantik

## Über die Ursachen der Kontroversen und Auseinandersetzungen um die Kommunalwahl an der Ostküste

Am Freitag, den 4. April 2008 eskaliert die Situation in Bilwi. Bilwi ist der indigene Name des Ortes, der auf spanisch Puerto Cabezas heißt, Hafenstadt an der Ostküste und Sitz der Regierung der RAAN (Región Autónoma del Atlántico Norte). Etwa 300 Anhänger zweier rivalisierender Gruppen innerhalb der Yátama-Partei, der Partei der indigenen Miskitos Volksgruppe, bewaffnen sich und ziehen zerstörend durch die Straßen: Autos brennen, Menschen werden mit Fußtritten, Metallrohren und Messern malträtiert. Es fallen Schüsse, zwei Menschen brechen schwer verletzt zusammen, einer in die Brust getroffen, der andere am Kopf. Erst nach Stunden beruhigt sich die Lage, als Mitglieder einer Spezialeinheit der Nationalpolizei sich überall in der Stadt postieren.

Die Ausschreitungen entzündeten sich an der Forderung des von der Frente Sandinista (FSLN) dominierten Obersten Wahlrates, die Kommunalwahlen in den drei Zentren der nördlichen autonomen Atlantikregion (RAAN) Bilwi, Waspám und Prinzapolka von November 2008 auf April 2009 zu verschieben. Angeblich seien nach den Zerstörungen durch den Hurrikan 'Felix' im vergangenen Herbst die technischen Voraussetzungen hierfür nicht mehr gegeben. Zwei bedeutende Führungspersonen von Yátama, Brooklyn Rivera und Steadman Fagoth, sind mit Ortega seit den Präsidentschaftswahlen 2006 durch einen Pakt verbunden. Deshalb unterstützt ein pro-sandinistischer Teil von Yátama die Forderung des Obersten Wahlrates mit. Darin sieht wiederum die Mehrheit der Yátama-Anhänger einen Verrat an der Sache der Miskitos und der Konflikt zwischen beiden Teilen der Organisation entlädt sich an jenem Tag in den blutigen Zusammenstößen, als einige FSLN-Verbündete Yátama-Anhänger mit Drohgebärden gegen eine aus Managua angereiste Delegation der parlamentarischen Opposition demonstrieren, die vor Ort nachweisen will, dass die Kommunalwahlen in der RAAN sehr wohl termingerecht stattfinden können.

Die Explosion der Gewalt beschwört Erinnerungen herauf an schon längst überwunden geglaubte bewaffnete Konflikte der 80er Jahre, als auch die Atlantikregion Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen Sandinisten und den von den USA finanzierten 'Contras' war. Neben

den 'Contras' nahmen auf antisandinistischer Seite aber gerade auch indigene Gruppen wie Yátama an jenem jahrelang schwelenden Krieg teil.

Der Konflikt zwischen den Sandinisten der Pazifikregion und der indigenen Bevölkerung der Atlantikküste nach dem Sturz der Diktatur 1979 war einerseits Ergebnis der vollkommen unterschiedlichen Wurzeln und geschichtlichen Entwicklung des pazifischen und des atlantischen Nicaragua, und ergab sich andererseits aus der Unfähigkeit der

denn auch im Sinne der antikommunistischen Propaganda von der Reagan-Administration der USA instrumentalisiert. Waren die Anklagen über Verbrechen der Sandinisten an der Zivilbevölkerung auch zahlenmäßig übertrieben und mit nachweislich gefälschten Beweismitteln belegt, bleiben doch unzweifelhafte Tatsachen bestehen. So ließen die Sandinisten die gesamte Führung der indigenen Bewegung MISURASATA verhaften und lösten die Organisation damit auf; ebenso gewiss ist, dass sie Zehntausende Miskitos gewaltsam aus ihren Dörfern am Río Coco vertrieben, im Grenzgebiet zu Honduras, wo auch die Contra-Guerilla operierte.

Als die sandinistische Regierung schließlich anfang, den unterschiedlichen Charakter des Konflikts mit den Contras und mit der indigenen Bevölkerung zu begreifen, brachte sie zur Lösung des Konflikts einen Prozess in Gang, der schließlich zum Autonomiegesetz von 1987 führte. Das Gesetz definierte Nicaragua als multiethnische Nation und sah die Schaffung der heutigen zwei autonomen Regionen RAAN (Región Autónoma del Atlántico Norte) und RAAS (Región Autónoma del Atlántico Sur) mit eigenen Parlamenten und Regierungen vor. Die Autonomiebewegung zielte damit von Anfang an nicht etwa auf die Abspaltung der Atlantikregionen vom pazifischen Teil Nicaraguas, sondern im Gegenteil auf ihre Integration innerhalb einer multiethnischen Nation.

Allerdings ist die autonome Verwaltung der Atlantikregionen auch heute, über



Überschwemmung am Río Coco an der Grenze zu Honduras

sandinistischen Bewegung, genau diese ganz andere Situation der Bevölkerung im atlantischen Teil richtig zu analysieren und zu begreifen. Eine wesentliche Rolle für die schon anfänglich ablehnende Haltung gegenüber den Sandinisten dürfte die durch die Revolution ausgelöste Flucht der US-Firmen vor allem aus Bilwi gespielt haben: Viele der Menschen verloren dadurch ihre Arbeit und Lebensgrundlage. Vor dem Hintergrund des 'Kalten Krieges' und der antisandinistischen Aktivitäten der USA in der Region entwickelte sich der Konflikt schließlich zur bewaffneten Auseinandersetzung. Der Krieg der Sandinisten gegen die indigenen Bewohner der Atlantikküste stand dabei ganz offensichtlich in direktem Widerspruch zum Bild von der FSLN als einer revolutionären Befreiungsbewegung. Diese Tatsache wurde



Das Regionalparlament in Bilwi (RAAN)

18 Jahre nach den ersten Wahlen der Regionalparlamente im Jahr 1990, von Umfang und Inhalt her noch sehr begrenzt und mehr Zielvorstellung als Wirklichkeit. Dies ist wesentlich durch die großen Unterschiede in den Voraussetzungen und die weitere geschichtliche Entwicklung der beiden Teile Nicaraguas bedingt.

Beide Teile sind zwar ungefähr gleich groß, zumindest wenn man für den atlantischen Teil die Fläche der heutigen RAAN und RAAS zugrundelegt. Die Atlantikregion ist aber nach wie vor sehr unzugänglich und wesentlich weniger dicht besiedelt. Statt Seen und Vulkanen befinden sich hier im Landesinneren Regenwald, Flüsse und Sümpfe. Der Küste sind meist Mangrovenwälder vorgelagert, typische Karibikstrände sind eher die Ausnahme.

Wegen der Unwegsamkeit des Geländes und des Widerstands der indigenen Bewohner fand die Kolonialisierung Nicaraguas durch die Spanier nur im pazifischen Teil statt und drang nie bis in die Gebiete am Atlantik. Stattdessen bauten dort die konkurrierenden Briten zeitweilig ihren Einfluss aus. Als die Atlantikküste schon zu Nicaragua gehörte, errichteten nordamerikanische Firmen wie die Standard Fruit Company für ihre Zwecke der Rohstoffausbeutung eine rudimentäre Infrastruktur. Die Jahre zwischen 1920 und 1979 werden an der Atlantikküste auch als 'Company Time' bezeichnet: Während dieser Zeit waren sämtliche Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen in der Hand solcher Firmen.

Mit den Spaniern durchdrang auch die katholische Kirche das pazifische Nicaragua, während sich am Atlantik über Missionare aus Deutschland die Moravische Kirche ausbreitete, die den Bewohnern eine Möglichkeit zur Selbstidentifikation als gesellschaftlicher Einheit bot: Jeder Costeño (Bewohner der Atlantikküste) war Moravier und umgekehrt.

Diese Einheit bildete die Klammer um eine vielfältige ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung im atlantischen Teil: Neben einer Vielzahl von indigenen Volksgruppen, unter denen die Miskitos die zahlenmäßig und historisch größte Bedeutung haben, finden sich hier – vor allem im südlichen Teil – auch Kreolen mit teilweise westafrikanischer Abstammung, die anfangs als entkommene bzw. freigelassene Sklaven aus anderen Regionen Zentralamerikas und der Karibik ihren Weg an die Atlantikküste Nicaraguas fanden. Später wurden sie dann von nordamerikanischen Firmen als Arbeiter aus der Karibik angeworben. Darüber hinaus lässt sich auch eine ständig wachsende Zahl von mestizischen Migranten aus dem Pazifikteil an der Atlantikküste nieder. Die Bevölkerung des pazifischen Teils weist demgegenüber

eine eher einheitliche ethnische Zusammensetzung auf, unterschiedliche Ursprünge sind hier in der gemeinsamen Mestizenkultur mit starkem spanischem Einfluss verschmolzen. Mit diesen ethnischen Unterschieden einher geht häufig ein mehr oder weniger offen zum Ausdruck gebrachter Rassismus der pazifischen Nicaraguaner gegenüber den Costeños.



Betrieb und Warten am Bootsanleger in Bluefields (RAAS)

Auch sprachliche Grenzen trennen die beiden Teile: Die spanische Sprache des Pazifikteils steht dem Englischen und den Indigenen Sprachen des Atlantikteils gegenüber.

Im Unterschied zu zentralisierten Verwaltungsstrukturen, die im pazifischen Teil als Erbe der Spanier übernommen wurden, herrschten im atlantischen Teil bis in die 1980er Jahre dezentrale Organisationsformen wie etwa lokale Netzwerke der einzelnen Gemeinden vor. Die einzige regional übergreifende Struktur bildete die moravische Kirche. Somit stellte auch die Organisation einer regionalen Autonomieverwaltung in den Atlantikgebieten eine Neuerung ohne Vorläufer dar. Die Atlantikregionen Nicaraguas wurden und werden von außen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenausnutzung betrachtet. Neben den Bodenschätzen des sogenannten Minendreiecks ('Triangulo Minero', gebildet aus den Orten Siuna, Rosita und Bonanza im Landesinneren) ist es vor allem der Rohstoff Holz, der Begehrlichkeiten weckt. Hier liegen nach Ansicht einiger Costeños auch die Gründe für die Ortega-Regierung, die Kommunalwahlen zu verschieben: Rohstoffgeschäfte der politischen Machthaber seien im Gange, die noch einige Monate Zeit für ihren Abschluss benötigen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird aber das Bündnis FSLN -Yátama eine herbe

Wahlniederlage erleiden, nachdem die Verantwortlichen für die notleidende Bevölkerung nach den Verwüstungen des Hurrikans Felix nur träge und ineffizient Hilfe leisteten und dies in viel zu geringem Umfang. Somit besteht für die FSLN-Yátama nicht nur Gefahr bei der Durchführung gewisser Geschäfte, sondern auch eine Bedrohung ihrer Machtposition insgesamt.

Eine Zentralregierung, die hauptsächlich den eigenen Machterhalt im Sinn hat und dafür die Unterstützung einiger indigener Führungspersonen erkaufte, ist für den Autonomieprozess wenig hilfreich. Allerdings ist dieser nicaraguanische Autonomieprozess nahezu ohne Vorläufer in Lateinamerika und wurde anfangs, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, viel beachtet. Die Aufmerksamkeit nahm jedoch nach 1990 deutlich ab, das atlantische Nicaragua blieb weiter im Schatten des pazifischen. Immerhin hat der Autonomieprozess trotz Schwächen überlebt und behält weiterhin seine große Bedeutung: Für Nicaragua ist die Wandlung von einem monoethnischen, durch die Mestizenkultur geprägten Staat mit begrenzter Legitimität zu einem multiethnischen Staat, in dem sich die gesamte Bevölkerung repräsentiert fühlt, auf Dauer unabdingbar.

Auch im übrigen Lateinamerika und in anderen Weltregionen rücken Globalisierung und Demokratisierung vielfach die ethnische Dimension in den Vordergrund. Damit verbunden ist die Forderung von Teilen der Bevölkerung nach eigenen Identitäten und kollektiven Rechten. In dieser Diskussion ist auch das Experiment Nicaraguas, mit all seinen Schwächen und Fehlschlägen, ein wichtiger Beitrag.

Alexander Laarmann



Seit fast zweieinhalb Jahrzehnten sind Hildegard und Peter Wack in der Hamburger Solidaritätsbewegung – vor allem mit León – engagiert und wegen ihres Einsatzes sehr geachtet. Im hohen Alter wollen sie nun 'kürzer treten', bleiben aber selbstverständlich solidarisch. Peter Borstelmann hat ein ausführliches Gespräch mit den beiden geführt:

## Gelebte und erfahrene Solidarität

Die Auswertung einer Umfrage unter den Mitgliedern des Nicaragua Koordinationskreis Hamburg (Ko-Kreis) im Jahr 2007 über die weitere Arbeit und Mitarbeit brachte u.a. das Ergebnis: „Familie Wack scheidet aus Altersgründen aus.“ In mir rebellierte etwas. Das kann es doch nicht gewesen sein! Also lade ich mich telefonisch bei Hildegard und Peter Wack ein um Näheres zu erfahren. Nach herzlicher Begrüßung werde ich gleich mit einem liebevoll zubereiteten Abendbrot bewirtet. Es dauert keine fünf Minuten und wir sind schon in Nicaragua und León eingetaucht. Das Interesse der beiden an Nicaragua ist ungebrochen, so wie man es in den Ko-Kreissitzungen immer spüren konnte. In letzter Zeit hatten sie sich im Ko-Kreis schon rar gemacht, es aus vielerlei Gründen nicht mehr geschafft, an den Sitzungen teil zu nehmen. Nicht zuletzt sind die endlosen Treppen von der S-Bahnstation Landungsbrücken bis hinauf zum Tagungsort bei der AGFJ (Arbeitsgemeinschaft Freier Jugendverbände) ein nahezu unüberwindliches Hindernis für Hildegard und Peter.

Aber sie sind nach wie vor brennend interessiert zu wissen, wie es ihren Freunden in Nicaragua geht, wie sich die Solidaritätsbewegung entwickelt und was sie in León und Hamburg auf die Beine stellt. Selbstverständlich sind sie auch bestens informiert über die aktuellen Widersprüche in Nicaragua, die auf der einen Seite plakative revolutionäre Fortschritte hervorbringen und andererseits demokratische Rechte und Menschenrechte missachten. Besonders empört Hildegard und Peter die 2006 eingeführte Strafbarkeit sogar von medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüchen. Entsprechend sind sie vehemente Unterstützer von „Yo decido mi vida“ (Ich entscheide über mein Leben), der Kampagne gegen diese indirekte Todesstrafe für Frauen aus armen Verhältnissen in Nicaragua.

Während wir immer tiefer in die vielen Geschichten von gelebter und erfahrener Solidarität in und durch Gewerkschafts-, Betriebsrats- und Nicaraguaarbeit eintauchen, klingelt das Telefon. Der Schauspieler Rolf Becker verabre-

det ein Treffen mit Hildegard und Peter. Die alten Verbindungen zwischen Menschen aus der Nica-Soli-Szene halten – ganz unspektakulär – auf der rein menschlichen Ebene!

Die Liebe zu und das Engagement für Nicaragua begann 1984. Ein Arbeitskollege und ehemaliger DED-Entwicklungshelfer bat Peter um Hilfe für Nicaragua. Als frischgebackener Rentner begab er sich auf die Suche nach Maschinen für Nicaragua, die vor der Versendung noch in Beschäftigungsgesellschaften überholt wurden – und so in Hamburg auch noch einem guten (Fortbildungs-) Zweck dienten. Die ersten Aktivitäten waren auf das revolutionäre Managua gerichtet. Auch die erste Nicaraguareise führte Hildegard und Peter hauptsächlich dorthin.

rate. - Bittere Erfahrungen von ganz konkreter Ungerechtigkeit blieben aber auch nicht aus: 1990 wurde der unterstützte genossenschaftliche Betrieb an die Vorbesitzer zurück übertragen – inklusive Traktor!

Die ersten Kontakte mit León hatten Hildegard und Peter, bevor es die offizielle Partnerschaft zwischen den beiden Städten gab. Kisten mit Nähmaschinen, Maissämaschinen und ähnliche Geräte wurden ans Polytechnikum La Salle in León geschickt, wo sie für den Unterricht genutzt wurden oder wohin sie aus den Genossenschaften regelmäßig zur Wartung und Reparatur zurück kamen.

Einen ganz besonderen Stellenwert nimmt MACASA in der Solidaritätsarbeit von Peter und Hildegard ein. Über zehn Jahre standen sie dem lederver-



Wollen nach fast zweieinhalb Jahrzehnten Engagement kürzer treten: Hildegard und Peter Wack

### Von Wasserbüffeln und Traktoren

Die Bitte nach einem Wasserbüffel ließ sich mit dem Sammeln von Spenden in Hamburg erfüllen. Die Bereitstellung eines Traktors für eine landwirtschaftliche Kooperative erschien Hildegard und Peter zunächst als eine Überforderung ihrer Möglichkeiten. Doch durch Solidaritätsveranstaltungen bekamen sie auch die Geldspenden für den Kauf eines gebrauchten Traktors zusammen. Er wurde ebenfalls grundüberholt und ging wie neu auf die Reise. Der Traktor eröffnete neue Perspektiven für die mittellosen Bauern und war ein starker Impuls für die weitere Entwicklung der Koope-

arbeitenden Betrieb in León zur Seite. Zufällig hatten sie am Strand im nahen Poneloya den Produktionsleiter der Aktiengesellschaft MACASA kennen gelernt, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter nach dem Sieg der Revolution Aktionäre geworden waren. „Der erste nicaraguanische Betrieb in Arbeiterhand“ – wie die Zeitung ‚El Nuevo Diario‘ damals schrieb. Das war das Richtige für den Gewerkschafter, Betriebsrat, Betriebsbesetzer und Nicaraguafreund Peter Wack! Für die beiden Hamburger war dieses Betriebskollektiv beeindruckend und in nichts zu vergleichen mit den Verhältnissen in Deutschland. Zugleich



gab es viele Probleme. Es ist eine lange, detailreiche Geschichte der Höhen und Tiefen von MACASA, die Hildegard und Peter erzählen. Sicher ist, dass sie keinen Tag der Zusammenarbeit mit den ArbeiterInnen missen möchten. Und wichtig war ihnen bei der Hilfe zur Selbsthilfe immer, dass sie von der Solidarität und nicht vom Geschäftemachen vorangetrieben wurde.

Erst 1984 konnte MACASA – nach Kriegszerstörungen und Plünderungen vor dem Sieg der Revolution 1979 – die Produktion wieder aufnehmen, unter sehr schwierigen Bedingungen: Maschinen und Geräte mussten instand gesetzt und ergänzt werden. Die Verbindung zu den ausländischen Abnehmern war verloren gegangen und in Nicaragua fehlte schlicht das Geld für lederne „Luxusartikel“. Eine mögliche Chance war, erneut für den Export – beispielsweise nach Deutschland – zu produzieren. „Leicht war das nicht“, schildern Hildegard und Peter ihre Erfahrungen. Die hohen Qualitätsansprüche und die exakte Termineinhaltung waren unter den herrschenden Bedingungen oft nicht zu erfüllen und hatten böse Konsequenzen: „Statt Gewinne wurden Schulden ‚erwirtschaftet‘, weil der Hauptrohstoff, das in León gegerbte Leder, meist auf Kredit gekauft wurde und die Nichtabnahme von Produkten daher fatal war.“

Hoffnung kam nach der Vereinbarung über die offizielle Städtepartnerschaft zwischen León und Hamburg 1989 auf: Gefördert vom Hamburger Senat wurden Peter Wack und Andreas Sonntag für drei Monate nach León gesandt, um MACASA bei der Überholung der Maschinen und vorallem bei der markt- und modegerechten Gestaltung der Lederartikel zu helfen. An die „sehr intensive Zeit, eine richtige Firmensanierung, mit besseren Produktions- und Arbeitsbedingungen - bis hin zum lösungsmittelarmen Kleber“ denkt Peter noch gern. „Selbst beim Absatz nach Deutschland, z.B. über die GEPA, stellten sich Erfolge ein!“ - Die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter verbesserten sich aber trotzdem nicht dauerhaft und nachhaltig. Und nach den verlorenen Wahlen 1990 gab es Spannungen durch die Rückübertragung



Versammlung im Betrieb mit Hildegard Wack und Alexander Sonntag

von 25% der Aktien an einen früheren Teilhaber, eine Leóner Gerberei, mit negativen Folgen für die Beschaffung des Leders guter Qualität direkt in León.

### Ein Betrieb in Arbeiterhand

MACASA – wie funktionierte ein Betrieb, der immerhin noch zu Dreiviertel im Besitz der ArbeiterInnen war? Wie leitete, wie arbeitete das Besitzerkollektiv, wie wurden notwendige Entscheidungen diskutiert und getroffen? Interessante und auch brisante Fragen, auf die Hildegard und Peter Wack viele differenzierte und aufschlussreiche Antworten geben, die für weitere Diskussionen über 'Betriebe in Arbeiterhand' hilfreich sein können, die aber auch das letztliche Scheitern in León erklären.

„Unter den angespannten Rahmenbedingungen wurde ein fehlender Zusammenhalt der Belegschaft deutlich“, bedauert Peter. Ein weiteres Problem war, dass sich die Belegschaftsangehörigen vor allem als Gewerkschaftsmitglieder verstanden: „Die kurzfristige Erfüllung von Lohnforderungen stand zu sehr im Vordergrund. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die zu einem klaren Klassenbewusstsein, zu Kenntnissen der demokratischen Rechte, der eigenen Geschichte und strukturierter Interessenvertretung führt, fand nicht statt.“ Die große Zahl von Betriebsleitern, die sich über die Jahre bei MACASA die Klinke in die Hand gaben und mal mehr, mal weniger „selbst bedienten“ und dann nach Kündigungen per Klage Abfindungen oder per Pfändung Maschinen aus dem Betrieb holten, waren ein entscheidender Hemmschuh für die Betriebsentwicklung. Das Besitzerkollektiv konnte dieser Demontage selten etwas entgegen setzen, da die ArbeiterInnen „nie richtig auf ihre neuen Rollen als Mitinhaber, Firmenlenker, Kontrolleure oder Aufsichtsräte vorbereitet wurden.“ Das bittere Fazit der beiden Wacks: „Von Anbeginn gab es eine gewisse Selbstüberschät-

zung und fehlende Professionalität auf der Leitungsebene, denn es wurden keine Fachleute eingekauft, sondern Leiter eingesetzt, die das Vertrauen der FSLN hatten.“



Das neue Firmenschild wird angebracht

Ein weiterer Knackpunkt: Da bei MACASA an allen Seiten des Tisches die FSLN – die das volle Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter hatte – saß, kam es nie zu klaren Definitionen der Rollen und die durchaus unterschiedlichen Interessen wurden nie offen ausgetragen, stellen Peter und Hildegard fest: „So blieben die eingesetzten Leitungen mit ihrem Informationsmonopol immer dominierend. Auch die finanzielle Unterstützung aus Hamburg versiegte schließlich, nachdem die MACASA-Leitung nicht bereit war, die Bücher offen zu legen.“ Letztendlich schrumpfte der Anteil der ArbeiterInnen an den Aktien aufgrund gerade noch abgewehrter Pleiten, des Weggangs von KollegInnen, einer dubiosen Betriebsneugründung (MECALZA) usw. immer mehr: „Zum Schluss wurden ihre Aktien auch noch für die Bezahlung ihres Rechtsbeistandes erheblich verringert. Eine der Restbelegschaft gewährte 'Hilfe' war erneut durch Geschäftsinteressen und nicht durch Solidarität motiviert“, klagen Hildegard und Peter Wack. Fazit: „Den Betrieb in Arbeiterhand gibt es nicht mehr.“

### Trotz alledem: Hoffnung

Trotz dieser Entwicklung haben die beiden nicht die Zuversicht verloren, dass es eines Tages in Nicaragua wieder bergauf geht. Die gemachten Fehler liegen zu klar auf der Hand, als dass man sie in Zukunft nicht vermeiden könnte. Deshalb wünschen sie sich Unterstützung bei ihrem Vorhaben, die eigenen

Erfahrungen mit und in León in einer kleinen Broschüre zusammen zu stellen, damit die kommende Generation nicht die gleichen Fehler begeht und den gleichen Leidensweg noch mal durchlaufen muss. Material dafür haben sie reichlich gesammelt und schon vorgeordnet. Die Broschüre soll in spanischer und deutscher Sprache entstehen, damit man darüber innerhalb der Städtepartner-

schaft über den großen Teich hinweg in einen Dialog eintreten kann. Inzwischen haben Hildegard und Peter ihre Hilfe, die einmal dem Wiederaufbau von MACASA und seiner positiven Entwicklung galt, ganz auf individuelle Hilfe bei Krankheit, Not oder die Ermöglichung von Berufsausbildung umgestellt. Auf diese Weise haben sie auch Arbeiterinnen von MACASA den Aufenthalt in

Hamburg ermöglicht – zuletzt Ruth aus der nachfolgenden Generation, die gerade ihr Betriebswirtschaftsstudium in León abgeschlossen hat. Vielleicht wird Ruth mit ihrem Wissen und Werdegang ja eines Tages mit dazu beitragen können, qualifiziert für sichere Arbeitsplätze in León zu sorgen und die Migration ins Ausland zu verringern...

Peter Borstelmann

## Lehr- und Lernalltag in einer Leóner Behindertenschule

**Zur Weihnachtszeit 2007 hatte Lea Apitzsch die Möglichkeit, für vier Wochen an der ‚Escuela Especial‘ (Sonderschule) im Leóner Stadtteil Subtiava eine Schwangerschaftsvertretung wahr zu nehmen. Gemeinsam mit einer Hilfskraft unterrichtete sie gehörlose Kinder. Hier ist ihr Bericht:**

### **Kurz vor 8 Uhr morgens.**

An vielen Schulkindern vorbei laufe ich über den großen, staubigen Platz vor der Kirche Subtiavas auf die Escuela Especial in León zu. Der große, gelbe, alte amerikanische Schulbus steht schon vor der Schule, der Fahrer winkt mir freundlich zu. Drei kleine Kinder laufen mir entgegen. Als ich den Klassenraum betrete, geben sie mir mit fuchtelnden Armen und strahlenden Augen zu verstehen: „Lea, Du bist drei Minuten zu spät!“ Und das in Lateinamerika, wo die deutsche Pünktlichkeit ein Fremdwort ist! Daneben mein kleiner Schüler, der fragend hin und her guckt, die Gesten seiner Klassenkameraden kopiert, doch nicht wirklich zu verstehen scheint.

Durch mein Studium in Deutschland war mir der Umgang mit gehörlosen Kindern und die Gebärdensprache vertraut. Seit dreieinhalb Jahren studiere ich in Hamburg Sonderschulpädagogik mit den Schwerpunkten der gehörlosen- und sprachbehinderten Pädagogik.

Die Escuela Especial besteht seit 1975. Sie umfasst 20 Schulklassen und bietet 265 Kindern eine Bildungsmöglichkeit. Hörgeschädigte, Gehörlose, Blinde, Körperbehinderte und Kinder mit Lernschwierigkeiten von 5-18 Jahren sind nach Behinderung und Alter auf die verschiedenen Klassenräume verteilt.

### **8.03 Uhr, angekommen im Klassenraum.**

Ein kleiner Klassenraum, in dem eigentlich acht gehörlose Kinder unterrichtet werden sollen, jedoch täglich nur drei

anwesend sind. Die zwei älteren haben sich flachsend wieder der Tafel zugewandt, folgen mehr oder weniger aufmerksam den Gebärden der Hilfskraft. Sie lernen von einem gehörlosen jungen Mann schreiben und rechnen, verbunden mit den zugehörigen Gesten.

Wie jeden Morgen starte ich den Tag mit einem Ritual: Wir bestimmen gemeinsam das Datum, den Wochentag und das aktuelle Wetter. Wie jeden Morgen läuft dieser Einstieg eher wie ein Pantomimeraten ab. Zwei große fragende Augen konzentrieren sich auf meine Hände, Gebärden werden kopiert. Was verstanden wurde, ist schwer zu sagen. Nachfragen kann ich nicht. Mein Schüler kann mich nicht hören, die Gebärdensprache kennt er noch nicht.

Eine Ausbildung für Lehrer im Unterrichten von behinderten Kindern gibt es in Nicaragua nicht. Das Schulministerium entscheidet über Lerninhalte. Über Lehrmaterialien kann die Lehrkraft selbst bestimmen oder diese nach eigenen Ideen konstruieren. Einige didaktische Fachbücher für den Unterricht von behinderten Kindern sind in der Schule vorhanden, doch diese sind weit hinter dem internationalen Standard.

Nur wenige Klassen haben das Glück, von Hilfskräften unterstützt zu werden – die Gelder fehlen.

### **Etwas hat sich im Klassenzimmer verändert.**

Ein tägliches Highlight meines Schülers.

Er springt von seinem Stuhl auf, läuft in die Mitte des Raumes und zeigt aufgeregt mit beiden Händen an die Decke, gibt mir durch Gebärden zu verstehen, dass der Ventilator ausgegangen ist. Der Strom wird in Subtiava jeden Tag von 8.30 bis ca. 16.00 Uhr abgestellt. Ein Highlight, da er mit mir kommunizieren kann, er mir durch Gebärden erklären kann, was passiert ist und ich ihn verstehe.



Spas mit Lehrerin Lea aus Hamburg

Eine „normale“ Kommunikation in ihrer Sprache, der Gebärdensprache, ist für meine Schüler selten möglich. Nur wenige Eltern der gehörlosen Kinder kennen sich mit den jeweiligen Behinderungen aus. Keine der Eltern meiner drei Schüler beherrscht die Gebärdensprache. Die Kommunikation zu Hause läuft mit Händen und Füßen ab, mit einer selbst entwickelten familieninternen ‚Gebärdensprache‘. Auch hier fehlt Unterstützung. Nur ab und zu werden Kurse zur Aufklärung und Weiterbildung der Eltern angeboten. Dies passiert in Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren und ‚Los Pepitos‘, einer Einrichtung zur speziellen



Behandlung beeinträchtigter Menschen (u.a. Logopädie, Ergo- und Physiotherapie).

### Dienstag Morgen.

Schon von weitem sehe ich, dass der Schulbus nicht vor der Schule steht. Nur wenige Kinder werden heute in der Schule sein. Für viele ist der Schulbus die einzige Möglichkeit, die Schule zu erreichen. Leider gibt der Bus, bedingt durch sein Alter, des Öfteren den Geist auf.

Neben Lerninhalten wie Spanisch, Mathematik, Biologie und Sozialkunde können die Schüler der Escuela Especial in der schuleigenen Werkstatt, im Schulgarten oder im Nähzimmer Fähigkeiten erwerben, die ihnen den späteren Einstieg ins Berufsleben erleichtern.

Außerdem bietet die Schule eine Betreuung für Babys und Kinder bis zu sechs Jahren im Haus der Eltern an. Lehrer, die durch Ärzte über die bestimmten Merkmale und Eigenschaften der unterschiedlichen Behinderungen aufgeklärt wurden, besuchen die Eltern zu Hause, um Informationen weiter zu geben und die Kinder schon vor Schuleintritt zu fördern.

### Freitag Morgen.

Heute wird kein formaler Unterricht

stattfinden. Die Escuela Especial lädt regelmäßig andere Schulklassen zu sich ein. Kinder sollen lernen, dass man auch mit behinderten Kindern spielen kann. Es wird zusammen gegessen, eine Piñata hängt am Baum. Die Kinder spielen Fußball und Fangen.

Meine vier Wochen in der Escuela Especial waren eine sehr interessante, aber leider zu kurze Erfahrung. Ich freue mich, dass es solch eine Schule in León gibt. Leider ist sie mit einer Sonderschule in Deutschland kaum zu vergleichen. Den Lehrern fehlt es an einer angemessenen Ausbildung. Wertvolles Material zur speziellen sonderpädagogischen Förderung der Schüler gibt es nicht, hier ist die Eigeninitiative der Lehrer gefragt.

Die Klassenzimmeranzahl, Größe und Einrichtung sind unzureichend. Ein Raum



Gemeinsame Freude bei der Piñata – egal ob behindert oder nicht

zum Mittagessen und ein Lehrerzimmer fehlen. Ein neuer Schulbus wird dringend benötigt. Doch fehlt es der Schule für all diese Anschaffungen an Geldern. Finanziell unterstützt auf der Ebene von NGO's (Nichtregierungsorganisationen) oder privaten Spendern wird sie nicht.

Lea Apitzsch

## Dank an Anayanci Chacón

**Nach dem Wechsel im Hamburger Vereinsbüro – Rebecca wurde von Chris abgelöst - (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe darüber) hat sich nun auch bei der Vertretung unseres Vereins in León ein personeller Übergang vollzogen: Anayanci Chacón scheidet aus und Silvia Altamirano Pérez wird in Zukunft diese Aufgabe übernehmen. Doch verlässt uns Anayanci damit nicht ganz, sondern sie ist uns seither sogar noch näher: Zum April 2008 kam sie nämlich nach Deutschland, um zunächst in einem vorbereitenden Sprachkurs ihre Deutschkenntnisse zu perfektionieren und dann ein Studium im Fach Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Magdeburg aufzunehmen.**

Anayanci hat die Arbeit des Nicaragua Vereins seit November 2006 mit großem Engagement vorangebracht: Als Bindeglied zwischen dem Hamburger Vereinssitz und dem Wirkungsfeld in León schickte sie einerseits ein anschauliches Bild der Situation aus den Projekten nach Hamburg und vertrat andererseits mit Nachdruck den Standpunkt des Nicaragua Vereins gegenüber den beteiligten Akteuren in León.

Die Kommunikation mit uns Vereinsmitgliedern im fernen Hamburg wurde dabei schon allein durch Anayancis Deutschkenntnisse erleichtert, ganz besonders aber auf der persönlichen Ebene durch die sympathische und offene Art, mit der sie eine Brücke schuf zwischen den ja bisweilen recht unterschiedlichen Kulturen



Anayanci (rechts) bei der Arbeit in León

und Denkweisen in León und Hamburg. Neben der besonderen Begabung zur Vermittlung zwischen den Kulturen kamen ihr dabei sicher auch die bisherigen Erfahrungen aus ihrer Arbeit im Jugendaustausch zwischen den beiden Partnerstädten zugute.

Ihre vielfältigen Aufgaben in der Abwicklung unserer Projekte, der Vertretung des Vereins in Sitzungen und der Kommunikation mit Projekträgern und Alcaldía in León besicherten ihr ein großes – manchmal übergroßes – Arbeitspensum, das sie dynamisch, gewissenhaft und auch mit der bisweilen notwendigen Hartnäckigkeit bewältigte. Dabei bewahrte sie auch angesichts von Spannungen, wie sie diese Art von Tätigkeit mit sich bringt, ihr fröhliches - und Fröhlichkeit versprühendes - Wesen, mit dem sie auch die Betreuung der deutschen Jugendlichen besetzte, die in León einen Freiwilligendienst in den Projekten leisteten. Ihnen war Anayanci nicht nur eine Hilfe beim Zurechtfinden in der neuen Umgebung und Zuflucht in allen Fragen des nicaraguanischen Alltags, sondern auch liebe Freundin.

Wir freuen uns, Anayanci, dass Du mit dem Studium eine Möglichkeit gefunden hast, Dich in Deinem Einsatz für internationale Verständigung und Solidarität weiterzuentwickeln und wünschen Dir einen guten Start. Ganz bestimmt wirst Du Dein neues Umfeld ebenso wie uns bisher, mit Deiner frischen, lebendigen Art begeistern!

Alexander Laarmann



# Silvia Altamirano Pérez unsere neue Vertreterin in León

Mein Name ist Silvia Virginia Altamirano Pérez. Ich bin 25 Jahre alt und bin Juristin.

Seit meinem 13. Lebensjahr arbeite ich in verschiedenen Organisationen, unter anderem in der MINSa (Gesundheitsministerium) als Brigadistin für Gesundheit und dem Movimiento Comunal (Bewegung zur Verbesserung der Lebensumstände). Hier organisierte ich Freizeitaktivitäten mit Mädchen und Jungen aus verschiedenen Vierteln Leóns.

Ich besuchte religiöse Schulen, was mir - so glaube ich - den Blick für soziale Fragen schärfte. Mein liebstes Hobby - und hier hole ich mir meine Dosis Adrenalin - ist Sport.

Bisher habe ich bei verschiedenen Jugendorganisationen als Mitglied, Organisatorin und Koordinatorin mitgearbeitet, u.a. bei CCAN (Nicaraguanisch-Deutsches Kulturzentrum), DESAFIOS (Stiftung zur Stärkung von Jugendlichen), J.S. (sandinistische Jugend), CARAS (Zentrum für Pflege und Freizeitbetreuung von Jugendlichen in Subtiava). Das Motto einer dieser Organisationen besagt, dass wir „Jugendlichen die Gegenwart mit der Vision der Zukunft sind“. Nach meinen Erfahrungen und mit dem hier erworbenen kritischen Bewusstsein stimme ich dem ohne zu zögern zu.

2001 nahm ich am Jugendaustausch Hamburg-León teil. Bis heute arbeite ich ehrenamtlich in der ASIJUL, der Part-

nerorganisation der Hamburger AGFJ (Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände). Außerdem arbeitete ich acht Monate in einer Organisation in Posoltega im Bezirk Chinandega. Dort wurde



ein kommunales Entwicklungsprojekt mit BürgerInnenbeteiligung realisiert. Ich war für die Jugendarbeit zuständig und lernte dabei die Lebensumstände auf dem Land lebender Jugendlicher kennen, die sich von den unseren in der Stadt stark unterscheiden.

Mit Hilfe des Hamburger Senats konnte ich ein neunmonatiges Praktikum in der AGFJ und bei mujeres sin fronteras (Frauen ohne Grenzen, berät u.a. MigrantInnen in rechtlichen Fragen) machen. Dies war eine große Erfahrung für mich und

ich konnte meine Fähigkeiten im Austausch mit- und in der Zusammenarbeit von Organisationen erweitern. Zuletzt arbeitete ich als Spanischlehrerin in León.

Was meine Arbeit für den Nicaragua Verein betrifft, denke ich, dass sie sehr wichtig ist. Ich habe die Möglichkeit mein Wissen anzuwenden und mein Bestes zu geben für diese schwierige, aber zu gleich befriedigende Arbeit für die sozialen Projekte, die der Verein unterstützt. Denn hier geht es um die Arbeit mit den Menschen in unserem Land, die am wenigsten besitzen und am meisten brauchen.

Das bin ich, Silvia Altamirano, eine junge Frau, die glaubt, dass, wenn jeder von uns etwas von seiner Zeit, Kraft, Intelligenz und seinem Willen beiträgt, wir aus dieser Ecke eine bessere Welt machen können.

## Impressum:

### Herausgeber:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.  
Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel.: 040-394404  
Fax: 040-3909370

### e-mail:

nicaragua-verein@t-online.de

### Homepage:

www.nicaragua-verein.de

### Bankverbindung:

Postbank Hamburg  
BLZ: 20010020  
Kontonummer: 51137-205

**Satz, Layout und Druck:**  
druckwelten GmbH, Hamburg

### Redaktion:

Christina Castellón  
Bruni Franke  
Alexander Laarmann  
Uta Wellmann

### Fotos:

Lea Apitzsch: S. 10,11  
Peter Borstelmann: S. 8  
Detlef de Cuveland: S. 2,3,7,12  
Indymedia: S. 5  
Alexander Laarmann: S. 1,6  
Peter Peetz: S. 4  
Peter Wack: S. 9  
Privat: S. 11,12

### Auflage: 2.000

Diese und ältere Ausgaben sind auch auf unserer Homepage zu finden.

Gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE).



„Mit Vergnügen Position beziehen!“ – unter diesem Motto findet vom 4. bis 6. Juli das 13. Methressfest auf dem Else-Rauch-Platz statt. Das traditionelle Stadtteilstadtteilfest in Eimsbüttel verspricht wieder genau so bunt wie bisher zu werden, mit vielen kulturellen Höhepunkten. Mit Lesungen, Live-Musik, Diskussionen und anderen Bühnenvorfürungen, die von zahlreichen Initiativen und aus dem Stadtteil in das Fest hineingetragen werden. Also: Viel Spaß!

## Reunion Clandestina im Hafenklang



Arbeit des Nicaragua Verein vor und Joachim Holstein die von GooLeón.

Sie war ein gelungener Versuch, die ‚Reunion Clandestina‘ im Hafenklang Exil am 2. März, bei der es um soziales Engagement in Lateinamerika ging. Den ganzen Tag über gab es Info-Stände, Live-Musik von Banda Ashé, kurze Berichte und Gespräche. Zahlreiche Initiativen und Gruppen machten mit, darunter Café Libertad, ILA, Viva con Agua de St. Pauli, GooLeón und der Nicaragua Verein. Vanessa Pott stellte die